

Timm Beichelt  
Europa-Universität Viadrina  
Große Scharrnstr. 59  
15230 Frankfurt/Oder  
[beichelt@euv-frankfurt-o.de](mailto:beichelt@euv-frankfurt-o.de)  
Tel. +49 – 335 – 5534 2537

## **Ein Jahr nach der Erweiterung: Herausforderungen für die Europäische Union**

Manuskript für PIN – *Politikwissenschaft im Netz*; Abgabe: 5.5.2005

### ***Einleitung***

Vor einem Jahr, am 30. April 2004, stand der Verfasser dieses Textes selbst an der Europa-Brücke in Frankfurt an der Oder, auf der mit einem symbolischen Handschlag der deutschen und polnischen Außenminister die Osterweiterung besiegelt wurde. Bereits damals ließen sich unterschiedliche Gefühle auf beiden Seiten der Oder recht deutlich ausmachen. Während damals den Bierbuden in Frankfurt wegen der höheren Preise die Kundschaft ausblieb, wurde in Słubice, der ehemaligen Frankfurter Dammvorstadt, bis in die Morgenstunden gefeiert. Ein Jahr später haben sich die Feier- und Katerstimmungen auf beiden Seiten der Grenze verfestigt. Ein halbes Jahr nach der Erweiterung urteilten im Dezember 2004 nur noch 49% der Deutschen, die EU-Mitgliedschaft bringe ihnen Vorteile. Vielleicht noch bedeutsamer mit 42% der Deutschen mit der EU-Mitgliedschaft eher Nachteile in Verbindung. In Polen hat sich dagegen die Einstellung zur EU auf der Ebene der Bevölkerung gewandelt: 55% sehen überwiegend Vorteile, immerhin noch 30% überwiegend Nachteile (vgl. Homepage des Eurobarometer, hier [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/archives/eb/eb62/eb62first\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb62/eb62first_en.pdf)). Ganz allgemein ist der Anteil der EU-Bürger, der der EU eher skeptisch gegenüber steht, deutlich gewachsen: 28% der EU-Bürger sehen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als "schlechte Sache" an, und 34% verbinden damit explizit mehr Nachteile als Vorteile (ebd.). Doch ist diese Skepsis berechtigt, die sich im ersten Jahr nach der Erweiterung in vielen Ländern der alten und neuen EU verbreitet hat?

### ***Herausforderungen an die EU: die Erweiterung als Problemkatalysator***

Ein Jahr nach der Erweiterung stehen die wichtigsten Herausforderungen an die EU nicht allein in Verbindung mit dem Beitrittsprozess der mitteleuropäischen Staaten sowie Maltas und Zyperns. Im Gegenteil: Eine Reihe von möglichen Krisenszenarien, die im Zusammenhang mit der Erweiterung für möglich gehalten wurden, sind offensichtlich nicht eingetreten (so u.a. die Schlussfolgerung des *Economist* in einer Bilanz der Osterweiterung am 30.4.2005: S. 21-24). Es hat keine ernsthafte Krise des Entscheidungssystems und auch keine Blockade konträrer Interessen etwa im Ministerrat gegeben. Der Riss in ein altes und neues Europa, wie es im Pentagon in Washington gerne gesehen worden wäre, hat sich nicht vertieft. Im Gegenteil haben sich in der Irak-Politik die Positionen der EU-Staaten angenähert, indem sich mittlerweile auch die meisten Gegner des Krieges mit am Wiederaufbau beteiligen. Und: Die Ausweitung des Agrarfonds nach Mitteleuropa hat den dortigen Landwirten neue Märkte und (wenn auch geringe) Mittel aus dem Agrarfonds erschlossen, sodass z.B. in Polen erstmals seit 1991 aus Anlass des Erntegedenkfestes keine Bauernproteste auf den Straßen zu verzeichnen waren.

Dennoch waren die Einjahresrückblicke, die nicht nur im *Economist* erschienen, eher von Skepsis über den gegenwärtigen Zustand der EU gefärbt. Das Unbehagen kristallisiert sich an verschiedenen Punkten:

- Die wirtschaftliche Krise besonders in zwei Kernländern, in Deutschland und Frankreich, wirkt sich in beträchtlicher Weise auf der EU-Ebene aus. Mit Unterstützung einiger Partner wurde der Stabilitätspakt der Wirtschafts- und Währungsunion im in der Phase von November 2003 bis März 2005 faktisch ausgehebelt (Süddeutsche Zeitung, 21.3.2005). Beide Länder haben sich in recht populistischer Weise gegen die Dienstleistungsrichtlinie gewehrt, die doch nur etwas fixieren sollte, das im Rahmen der Erweiterung und der Lisbon-Strategie seit langem bejaht wurde. Nicht nur in einigen kleineren Ländern der EU wurde das dieses Agieren der beiden Achsenmächte der EU als Signal für eine Renationalisierung der EU-Politik gewertet.

- Die wirtschaftlichen Krisen in Deutschland und Frankreich können zu einem guten Teil als hausgemacht gelten. In beiden Ländern konnten sich die politischen Akteure nicht früh oder entschlossen genug zu politisch schmerzhaften Reformschritten durchringen. Dennoch gibt es eine europäische Komponente dieser Wirtschaftskrisen. Die nationalen Akteure können sich weder der Geld- noch der Steuerpolitik, also zwei der wichtigsten wirtschaftspolitischen Instrumente bedienen. Geldpolitik ist Sache der Europäischen Zentralbank. Steuerpolitik wird dagegen allein im nationalen Raum betrieben. Dies wiederum ist eine suboptimale Lösung, weil sich das Wirtschaften in Europa bekanntlich auf den Gemeinsamen Markt bezieht. Die daraus erwachsene Steuerkonkurrenz unterminiert die Wohlfahrtsstaaten in Westeuropa; auf das Problem haben die politischen Akteure bisher keine Antwort gefunden.
- Das Ringen um die Ratifizierung der Verfassung hat ausgerechnet in einem Kernland der EU, in Frankreich, zu einer Generalauseinandersetzung mit der EU geführt. An und für sich müsste der Schub an öffentlichem Diskurs die Legitimität der EU stärken; nicht zuletzt war der Verfassungsprozess mit der Erklärung von Laeken (2001) ja auch an die Hoffnung geknüpft, die Bürger der EU zu mehr Partizipation zu bewegen. Die öffentliche Debatte in Frankreich orientiert sich indes nur zum Teil an der EU-Verfassung, sondern hat sich in eine Abrechnung mit der nationalen Politik der Regierung und vor allem des Präsidenten Jacques Chirac umgewandelt. Dies wiederum hat erstens vielerorts den Verdacht geschürt, eine stärkere Partizipation der Bürger an Belangen der EU sei letztendlich kontraproduktiv. Zweitens hat die Referendumsdebatte deutlich gemacht, auf welch fragilen Voraussetzungen der Elitenkonsens über die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses beruht. Und drittens hat die Unentschiedenheit der Franzosen schon jetzt grundsätzlich euro-skeptischen Kräften in anderen Mitgliedsstaaten, etwa in Großbritannien oder in Tschechien, Auftrieb gegeben. Der ursprünglich als Integrationsmotor gedachte Verfassungsprozess läuft also ein Jahr nach der Erweiterung alles andere als rund.
- Die Entscheidung des Europäischen Rates, der Türkei das lange gegebene Versprechen auf Beitrittsverhandlungen einzulösen, hat in vielen Ländern vor

allem Westeuropas starken Widerspruch erfahren. Zwar sprechen sich 62% der EU-Bevölkerung explizit für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei aus (siehe nochmals [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/archives/eb/eb62/eb62first\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb62/eb62first_en.pdf), S. 20). In Frankreich, Luxemburg, Deutschland und Österreich wird dagegen der Fortgang der Erweiterung nicht begrüßt; nur 28% der Österreicher und 36% der Deutschen sprechen sich dafür aus (ebd.). Die kontroverse Entscheidung wirkt verlangsamend auf die übrigen noch anstehenden Erweiterungen, da die Gemeinschaftsinstitutionen noch stärker als zuvor bestrebt sein müssen, keine Präzedenzfälle zu schaffen. Kroatien musste seine Beitrittsverhandlungen schon verschieben, bezüglich des eigentlich schon terminierten Beitritt Rumäniens werden ebenfalls Nachverhandlungen gefordert (FAZ, 26.4.2005).

Keine dieser Herausforderungen ist allein durch die Osterweiterung des Jahres 2004 entstanden. Dennoch kann auch nicht die These aufgestellt werden, sie habe damit gar nichts zu tun. Denn: Probleme in der EU müssen durch Verhandeln zwischen Gemeinschaftsinstitutionen und Nationalstaaten einerseits und zwischen Nationalstaaten andererseits gelöst werden. Mit der Erweiterung ist die EU nicht nur bedeutend größer geworden, sondern auch die in ihr vertretenen Interessen sind sehr viel heterogener geworden. Die neuen Mitglieder sind viel ärmer als der Durchschnitt der EU-15: Insgesamt beträgt das Bruttosozialprodukt aller Neumitglieder zusammen nur etwas mehr als 5% der EU-15 (Eurostat 2003: 46, 153). Die Orientierung an USA ist sowohl bei Eliten wie auch bei den Bevölkerungen der Neumitglieder deutlich stärker als in den meisten Altmitgliedern, was Folgen für die Vorstellungen vom Wohlfahrtsstaat und bei der Gestaltung der Außenpolitik hat. Die Zahl der eher souveränitätsorientierten und daher nicht automatisch integrationistisch aufgestellten Neumitglieder ist deutlich gewachsen (Beichelt 2004).

Da es also mit der Osterweiterung deutlich schwerer geworden ist, die Interessen in der EU unter einen Hut zu bekommen, ist die Kapazität zur Reaktion auf die bestehenden Herausforderungen gesunken. Die Erweiterung wirkt so wie ein Problemkatalysator: sie erschwert wirtschaftliche Koordination, sie erschwert die Formulierung einer einheitlichen Außenpolitik, und die Herausbildung einer europäischen Identität wird

ebenfalls erschwert, ohne dass die Neumitglieder von ihrer Seite aus erkennbar aktive Schritte zur Verhinderung der weiteren Integration unternommen hätten.

### ***Nach der Erweiterung: Legitimitätssteigerung als zentrales Problem***

Bei den Bevölkerungen und vielleicht auch bei einigen politischen Eliten muss die EU, d.h. die gesamte Konfiguration des EU-Entscheidungssystems, sich daher nach der Erweiterung eine neue und größere Akzeptanz erarbeiten. Zur Veranschaulichung ist die Differenzierung des Legitimitätsbegriffs in Input- und Output-Legitimation hilfreich (vgl. Scharpf 1999: 17-28). Der Begriff der Input-Legitimation bezieht sich formal auf Kategorien wie Partizipation oder Konsens, enthält aber in Massendemokratien auch die Dimension des Weberschen "'Gemeinsamkeitsglaubens', (...) der sich auf präexistente geschichtliche, sprachliche, kulturelle oder ethnische Gemeinsamkeiten gründet" (ebd.: 18). Output-Legitimation ist dagegen an das Potenzial des Systems zur Lösung von Problemen gebunden. Scharpf spitzt weiter zu, indem er von input-orientierter *Authentizität* und output-orientierter *Effektivität* spricht (Scharpf 1999: 12).

In beiden Dimensionen demokratischer Herrschaft ist in der Europäischen Union die Erlangung schwierig. Die Input-Seite, die sich nach der klassischen politischen Systemforschung für die Akteure über Forderungen und Unterstützung der Bevölkerung(en) bemerkbar macht, ist in Europa durch Heterogenität gekennzeichnet (Plessen 2003). Eine genuin europäische Identität existiert höchstens bei Teilen der europäischen Bevölkerungen, der europäische Raum ist durch sprachliche und kulturelle Grenzen gekennzeichnet, und daher fehlt es auch an Voraussetzungen für die an den Modus des Gemeinsamkeitsglaubens gebundene Bereitschaft der strukturellen Minderheiten zur Unterordnung unter strukturelle oder zufällige Mehrheiten (Kielmannsegg 2003). Auf Seiten der Output-Legitimation liegen nicht-konsensuale, also z.B. kontroverse oder (re)distributive politische Entscheidungen außerhalb des Verfügungsbereichs der politischen Akteure. Denn angesichts der schwachen Grundlagen auf der Input-Seite setzen die Akteure ihre Legitimität nur in Ausnahmefällen dadurch aufs Spiel, dass sie Entscheidungen jenseits der "Grenzen ihrer Legitimitätsgrundlage" treffen (Scharpf 1999: 30).

Die Legitimationsprobleme in der EU haben sich nach der Osterweiterung in erheblichem Maße verschärft. Auf Seiten der Input-Legitimation erscheinen zwar einerseits die Unterschiede bei den kulturellen Grundorientierungen zwischen Mittel- und Westeuropa nicht sehr groß zu sein, da sich die strukturellen Bindungen an regionale, nationale und europäische Gegebenheiten besonders bei den gebildeteren Schichten stark ähneln (Laitin 2002). Es mag also sein, dass sich die Einstellungsseite der Input-Dimension in der EU-25 durch die Erweiterung nicht so stark verändert hat. In Mitteleuropa herrschen indes viel grundsätzlichere Elitendiskurse hinsichtlich der Wünschbarkeit der europäischen Integration vor. Insofern bringen die Neumitglieder massiv etwas in die Union ein, das diese vorher nur von den radikalen Rändern kannte: einen politischen Diskurs um die vermeintlichen oder tatsächlichen Nachteile der europäischen Integration (Szczerbiak/Taggart 2000; Kopecký/Mudde 2002).

Auf der Output-Seite entwickeln sich die Dinge ebenfalls in eine Richtung, die vorher bekannte Schattenseiten der Integration wesentlich deutlicher zum Ausdruck bringt. Verteilungsfragen können in der EU nur unbefriedigend oder gar nicht gelöst werden. In der EU-15 konnte dieses Defizit durch Struktur- und Kohäsionsmittel einiger besonders integrationsinteressierter Mitgliedsstaaten aufgefangen werden. In der EU-25 besteht diese Option aber nicht mehr, weil zum einen der traditionelle Hauptgeldgeber in der Union – Deutschland – bis auf weiteres nicht mehr über die finanzpolitischen Spielräume verfügt und weil zum anderen durch die Verschiebung des Einkommensmedians auch solche Länder zu umfangreichen Beiträgen zum EU-Haushalt gezwungen würden, die bisher Empfängerländer waren.

In der EU-25 haben sich nämlich die strukturellen Gewichte zwischen Zahler- und Geberländern verschoben. In der EU-15, erst recht in der EU-12, stellten Empfänger- und souveränitätsorientierte Länder Minderheiten, die sich bei einstimmigen Entscheidungen gegen Übervorteilung wehren konnten. Wann immer jedoch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen ins Spiel kamen, bestand im Hintergrund eine strukturelle Mehrheit von Nichtempfängerstaaten mit insgesamt integrationsfreundlicher Europa-Strategie. Zahlungsempfänger und tendenziell souveränitätsorientierte Regierungen standen daher stets unter strategischem Druck zur Anpassung ihrer Positionen an die latente Mehrheit. Nach der Osterweiterung handelt es sich bei Ratsverhandlungen dagegen um Aushand-

lungsprozesse zwischen *mehreren* Gruppen, von denen mehrere das Potenzial zur Blockierung der Gegenseite haben, wenige jedoch zur Formung einer strategischen Mehrheit ausreichen.

Deshalb stimmt es zwar, dass die Erweiterung keine Generalblockade des Rats gebracht hat. Allerdings ist das EU-Entscheidungssystem durch das Fehlen von Grundübereinstimmungen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen strukturell gehemmt. Es kommt gar nicht erst zu einer Abstimmung im Rat, die eine Blockade verraten könnte. Vielmehr sind die Gemeinschaftsorgane der EU gegenüber dem Rat deutlich ins Hintertreffen geraten, wie z.B. das Zurückziehen der Dienstleistungsrichtlinie im März 2005 zeigte (FAZ, 24.3.2005).

Bei alledem haben es allerdings gerade die Neumitglieder schwer, ihre spezifischen Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. In der Wirtschaftspolitik sind die Neumitglieder durch das geringe spezifische Gewicht ihrer Volkswirtschaften stark von den wirtschaftspolitischen Entscheidungen und der wirtschaftlichen Gesamtsituation in den großen Nachbarstaaten, insbesondere in Deutschland, abhängig. Die Geldpolitik der EZB kann und wird sich nicht an ihren Belangen orientieren, da sie sich schon im Euro-Raum großen Schwierigkeiten bei der Steuerung gegenübersteht. In der Struktur- wie der Agrarpolitik sind die Neumitglieder in den nächsten Jahren gegenüber den Empfängerländern der EU-15 deutlich benachteiligt und drohen marginalisiert zu werden. In der Außen- und Sicherheitspolitik haben sich einige Neumitglieder im Zuge der Irak-Krise mit Großbritannien und den seinerzeit konservativ regierten EU-Staaten Italien und Spanien gegen die Kernstaaten der EU gestellt. In diesem Politikfeld haben sie noch am ehesten die Aufmerksamkeit auf ihre eigenen Belange richten können, was aber prompt den über die Irak-Frage bestehenden Bruch durch die EU noch weiter vertiefte.

Insgesamt kann damit in Zweifel gezogen werden, ob für die große Integrationsaufgabe der nächsten Jahre institutionelle Sicherungen in ausreichendem Maße geschaffen wurden. Die Aufgabe besteht darin, die deutliche Asymmetrie zugunsten der Altmitglieder nicht in eine dauerhafte Peripherisierung der Neumitglieder münden zu lassen. Die mitteleuropäischen Länder und erst recht Bulgarien, Rumänien und die übrigen derzeitigen Beitrittskandidaten verfügen über spezifische Interessen. In der aktuellen Struk-

tur der EU sind sie in solchen Fällen allein auf die Solidarität der übrigen Mitglieder angewiesen, wenn sie nicht über das Geltendmachen vitaler Interessen – nach dem Prinzip des Luxemburger Kompromisses – den Entscheidungsprozess insgesamt aufhalten können. Wenn sie dieses Instrument jedoch auf Dauer anwenden, entziehen sie sich die Grundlagen für den Gemeinsamkeitsglauben, den nicht nur die Bevölkerungen, sondern auch die politischen Eliten der Neu- und Altmitglieder noch entwickeln müssen und außerdem für die Erreichung befriedigender Ergebnisse in der EU-Distributionspolitik benötigen. Solidarität lässt sich also aus Sicht der Neumitglieder nicht erzwingen, und es liegt in erster Linie am gemeinsamen Willen der Altmitglieder, die drohende Marginalisierung zu vermeiden.

#### ***4. Zur Bewältigung der Herausforderungen: drei Szenarien und zwei Legitimationsebenen***

Auf dieser Grundlage bestehen für die Entwicklung im Entscheidungs- und Verhandlungssystem der EU nach der Osterweiterung drei Szenarien. Das erste Szenario, das sich vielleicht bei der isolierten Betrachtung allein der Mehrheitsverhältnisse und institutionellen Regeln im Rat aufdrängt, ist das des dauerhaften strukturellen Patts in der EU-25. Das Szenario speist sich aus der Einsicht, dass gerade die wirtschaftlichen, sozialen und damit auch wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der Mitgliedsstaaten in der erweiterten EU wenig austariert erscheinen. Es gibt kein antreibendes Zentrum der EU mehr, vielmehr ist diese auf Kompromisse und Verständnis im wichtigsten Entscheidungsgremium – dem Rat – angewiesen. Bleiben die unterschiedlichen Interessen latent, oder können sie nicht durch Verhandlungen ausgeglichen werden, dürften die Chancen für die Produktion effizienter politischer Entscheidungen selbst im Vergleich zur alten EU deutlich eingeschränkt sein.

Ein zweites Szenario besteht in einer stärkeren Konfliktaustragung, gewissermaßen der Politisierung des europäischen Raums. Die Anerkennung innereuropäischer Interessengegensätze würde in diesem Szenario zur Tugend der europäischen Politik. Europäische Konflikte gälten ähnlich wie in den nationalen politischen Systemen als Schmiermittel für den unvermeidlichen Ausgleich von Interessen und die Erlangung effizienter



und akkommodierender politischer Lösungen. Dann müsste die EU nachvollziehen, "was innerhalb der offenen Gesellschaften schon längst im Gange ist: der Übergang von der Konsens- in eine Konfliktgesellschaft" (vgl. Herzinger 2003: 8). Diesem Szenario steht aber entgegen, dass das offene Austragen von Verteilungskonflikten in den nationalen Öffentlichkeiten gerne um eine symbolische Ebene erweitert wird. Das latente Bild der europäischen Integration als Friedensprojekt stünde zu einer solchen Entwicklung im Widerspruch.

Ein drittes Szenario besteht in der Ausbildung einer starken – und stärker als bisher im Kreis der EU-25 erkennbaren – gemeinschaftlichen Solidarität. Ist dies der Fall, dürfte im Kreise der Altmitglieder und insbesondere der Zahlerstaaten das Bewusstsein für den indirekten Nutzen einer sozial stabilen Nachbarschaft für die Länder Kerneuropas steigen. Dann müsste auch anerkannt werden, dass der sozio-ökonomische Aufholprozess in Mitteleuropa zu sektoralen Anpassungsprozessen in den Volkswirtschaften einiger Altmitglieder führen muss. Dies wird in vielen Einlässen von prominenten nationalen und EU-Politikern auch gefordert und versprochen (Hartwig/Nicolaidis 2004). In der politischen Praxis scheint sich das Solidaritätsprojekt jedoch noch nicht soweit durchgesetzt zu haben, dass die nationalen Öffentlichkeiten auf Dauer damit belastet werden könnten.

Im politischen System der EU stehen zwei unterschiedliche Legitimierungsmechanismen auf zwei untereinander verbundenen Ebenen zur Verfügung. Auf der nationalen Ebene buhlen die Regierenden um Zustimmung für eine Politik, die sie in den meisten Bereichen nicht mehr unter Auslassung der europäischen Ebene ausführen können. Auf der europäischen Ebene finden sich die regierenden – es gibt keine oppositionellen – Akteure dagegen in einem Verhandlungssystem wieder, in dem die Machtressourcen relativ ungleich verteilt sind. Trotz des Luxemburger Kompromisses und aller Vertragsbestimmungen über die europäische Solidarität verfügen die großen und reichen Staaten über ein bedeutend größeres Potenzial zur Steuerung ihrer Wirtschaften, zur Akquise von Agrar- und Strukturmitteln oder zur Meinungsbildung in der Außen- und Sicherheitspolitik. Für die neuen Mitglieder, die durch diese Imbalance vielleicht am stärksten benachteiligt sind, ergibt sich daraus die Gefahr der Marginalisierung innerhalb der EU.

Im verflochtenen System der EU kann sich die Effizienz sowohl der nationalstaatlichen wie auch der europäischen Politik allerdings nur erhöhen, wenn beide Ebenen ineinander greifen. Verhandlungen in Brüsseler Hinterzimmern bringen manche politische Lösung hervor, die allein im nationalen Entscheidungsraum gar nicht mehr erreichbar ist. Insofern hängt die Effizienz politischen Handelns heute in der Tat in großen Teilen von der Substanz europäischer Verhandlungsergebnisse ab. Vertreten müssen die politischen Akteure diese Lösungen jedoch in den nationalen Arenen und im dort herrschenden politischen Wettbewerb. Dort müssen die Bevölkerungen den Eindruck bekommen, dass ihre Regierungsvertreter in Brüssel gerade nicht marginalisiert werden. Nur dann kann die Legitimität des europäischen Systems mit den wachsenden Effizienzpotenzialen des erweiterten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Raums wachsen.

Und darin besteht auch – jenseits des Klein-kleins um die europäische Verfassung und deren Institutionen – die wichtigste Herausforderung an die Europäische Erweiterung ein Jahr nach der Erweiterung.

#### ***4. Zitierte Literatur***

- Beichelt, Timm, 2004: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eurostat, 2003: Eurostat Jahrbuch 2002. Der statistische Wegweiser durch Europa. Daten aus den Jahren 1991-2001. Luxemburg: Europäische Kommission.
- Hartwig, Ines / Nicolaidis, Kalypso, 2004: Ein knappes Gut? Solidarität in der erweiterten EU. In: Osteuropa, vol. 54, no. 5/6, S. 147-159.
- Herzinger, Richard, 2003: Siamesische Zwillinge. Amerika und Europa streiten sich heftig - und gehören doch untrennbar zusammen. In: Internationale Politik, vol. 58, no. 6, S. 1-8.
- Kielmannsegg, Peter Graf, 2003: Integration und Demokratie (mit Nachwort zur 2. Auflage). In: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen: Leske+Budrich, S. 49-83.
- Kopecný, Petr / Mudde, Cas, 2002: Two Sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe. In: European Union Politics, vol. 3, no. 3, S. 297-326.
- Laitin, David D., 2002: Culture and National Identity: 'The East' and European Integration. In: Peter Mair / Jan Zielonka (Hrsg.): The Enlarged European Union. Diversity and Adaption. London: Cass, S. 55-80.
- Plessen, Marie-Louise (Hrsg.), 2003: Idee Europa. Entwürfe zum "Ewigen Frieden". Berlin: Deutsches Historisches Museum.
- Scharpf, Fritz W., 1999: Regieren in Europa: effektiv und demokratisch? Frankfurt/Main: Campus.
- Szczerbiak, Aleks / Taggart, Paul, 2000: Opposing Europe: Party Systems and Opposition to the Union, the Euro and Europeanisation. Sussex: Sussex European Institute (SEI) Working Paper Nr. 36.

